

## Solidarisch denken – sozial handeln

### Resolution der 19. Bundesverbandstagung des SoVD

Es ist eine große gesellschaftliche Herausforderung, ein friedliches, soziales und solidarisches Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten. Der SoVD ist diesem Ziel verpflichtet und wird sich weiterhin für Solidarität und ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit einsetzen.

Wir stellen mit großer Sorge fest, dass in den vergangenen Jahrzehnten stetig Solidarität abgebaut und rücksichtsloser Egoismus gefördert wurde – mit verheerenden Folgen. Das Streben nach immer mehr Gewinn, nach immer höheren Renditen und die zunehmende Deregulierung der Märkte verursachten die größte weltweite Finanzmarktkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Krise brachte großes Elend über Millionen von Menschen in der Welt. Auch in Deutschland haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren, sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht und werden an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

Auf Rettungspakete für Banken in unvorstellbaren Größenordnungen folgten hierzulande Kürzungspakete mit großen Einschnitten bei den Sozialsystemen – sozial unausgewogen und ungerecht. Die betroffenen Menschen müssen damit neben der Bedrohung in ihrer wirtschaftlichen Existenz ein zweites Mal bezahlen – für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Dabei sind die sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Schulden- und der EuroKrise noch nicht absehbar.

Die sozialen Kürzungsmaßnahmen haben dazu beigetragen, die Kluft zwischen Arm und Reich weiter zu vertiefen und das Auseinanderfallen der Gesellschaft zu beschleunigen. Seit Jahren wachsen privater Reichtum und die Zahl der Vermögens- und Einkommensmillionäre. Andererseits breitet sich Armut und Not in unserem Land aus, immer mehr Familien und Kinder sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen.

Eine solche Gesellschaft, in der Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, müssen wir verändern. Wir wollen Ungerechtigkeiten und Verteilungskonflikte in der Gesellschaft aufspüren, transparent machen und bekämpfen. Wir wollen einen sozialen Staat, der gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die Schwachen schützt. Denn nur ein starker Sozialstaat gewährleistet den Menschen Würde, Sicherheit und Wohlstand und ermöglicht dem Einzelnen die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, die sich auszeichnet durch solidarisches Denken und soziales Handeln.

- Alle Menschen müssen materiell, sozial und kulturell in ausreichendem Maße am Leben in der Gesellschaft teilhaben, in ihr mitwirken und sie mitgestalten können. Dies erfordert vor allem auch einen offenen, inklusiven und für alle Menschen zugänglichen Arbeitsmarkt, insbesondere für Menschen mit Behinderungen.
- Alle Menschen müssen die Sicherheit erhalten, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität sowie in Alter und Pflege vor materieller Not, sozialem Abstieg und gesellschaftlicher Isolierung geschützt zu sein. Deshalb müssen vor allem eine ausreichende Versorgung bei Krankheit gewährleistet und die hohen einseitigen Belastungen der Patientinnen und Patienten abgebaut werden.
- Die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen müssen gerecht verteilt werden. Hierzu ist auch unverzichtbar, Rentnerinnen und Rentner durch die Verbesserung von Höhe und Steigerung ihrer Renten stärker an der allgemeinen Lohn- und Wohlstandsentwicklung zu beteiligen.
- Alle Menschen müssen füreinander einstehen. Diese Verpflichtung gilt auch und insbesondere, wenn der Einzelne sich nicht mehr selbst helfen kann. Dazu gehört, dass Menschen mit Pflegebedarf selbstbestimmt und in Privatheit in ihrem häuslichen Umfeld gepflegt werden können.
- Alle Menschen müssen die gleichen Rechte auf Zugang zu Bildung, Beruf und sozialen Leistungen haben. Erforderlich hierzu sind insbesondere auch flexible Arbeitszeitmodelle und flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Beruf sowie gleiche Chancen bei der beruflichen Entwicklung zu ermöglichen.
- Alle Menschen müssen als gleichwertiges Mitglied unserer Gesellschaft anerkannt sein – von Anfang an. Darum sollen alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung, gemeinsam und ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend in einer inklusiven Schule lernen können. Hierzu sind die erforderlichen infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen zu gewährleisten.

Dies sind die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen des SoVD aus einer umfassenden sozialpolitischen Agenda. Wir werden auch weiterhin für eine gerechte, soziale und solidarische Gesellschaft streiten. Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte auf, mit uns gemeinsam der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich entschlossen und wirksam entgegenzutreten.